

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Ettlinger Zeitung. 1949-1973 1950

66 (1.4.1950)

ETTLINGER ZEITUNG

Erscheinungsweise: Montag, Dienstag, Donnerstag, Freitag u. Samstag mittag. Durch die Post 1.65 zuzüglich 45 Dpf. Zustellgeld. — Einzelnummer 15 Dpf. Frei Haus 1.85, im Verlag abgeholt 1.65

Badischer Landemann
gegründet 1896



Süddeutsche Heimatzeitung
für den Albgau

Anzeigenpreise: die 6-gespaltene Millimeterzeile 15 Dpf. — (Preisliste Nr. 1.) Abbestellungen können nur bis 25. auf den Monatsersten angenommen werden.

2. 51. Jahrgang

Samstag, den 1. April 1950

9r. 66

Draußen vor der Tür Von Willi Schickling

Die dreizehn Nationen des Europarates haben die erwartete Einladung ausgesprochen. Die Bundesrepublik weiß jetzt offiziell, daß man „herein“ sagen wird, wenn sie sich entschließt, an die Straßburger Tür zu klopfen. Sie weiß, daß man sie — zusammen mit dem Saarland — als „beigeordnetes Mitglied“ willkommen heißen wird.

Adenauer hat sich — symbolisch gesprochen — in den letzten Tagen der besagten Tür mehr und mehr genähert. Wird er jetzt anknöpfen? — Es ist für ihn kein ganz leichter Entschluß und es erscheint im Augenblick auch fraglich, ob sein Schritt über die Straßburger Türschwelle in Deutschland von jener überwältigenden Mehrheit gebilligt würde, die man sich in Bonn für eine solche — möglicherweise entscheidende — außenpolitische Aktion sicher gewünscht hätte.

In dem offensichtlichen Bestreben, das „Gesicht zu wahren“ und die noch immer über die Saarkonventionen aufgebrachte Opposition zu beschwichtigen, hatte der Kanzler drei Voraussetzungen genannt, unter denen Westdeutschland dem Europarat beitreten wolle. Von alliierter Seite gab man zu verstehen, daß von diesen drei Wünschen zwei erfüllt werden könnten oder praktisch schon erfüllt seien. Sie bezogen sich auf eine offizielle Einladung der Bundesrepublik durch die Hohen Kommissare, sowie auf Status und Mitgliedschaft des Saarlandes, die — wenigstens nach alliierter Auslegung — ein Provisorium darstellen. Dagegen scheint Adenauers dritter Wunsch auf Zulassung eines deutschen Beobachters im Ministerrat zunächst auf Ablehnung zu stoßen.

Es ist unwahrscheinlich, daß Bonn die Straßburger Einladung zurückweisen wird. Das Problem ist im Moment ebenso sehr innenpolitisch wie außenpolitisch: Läßt sich der Eintritt Deutschlands in die europäische Gemeinschaft in einer Atmosphäre vollziehen, die durch Ressentiments und oppositionelle Regungen nicht allzu sehr getrübt wird? Dies ist möglicherweise eine Frage der Taktik, des Zeitpunktes und der Formulierung.

Die schicksalsschwerste Frage jedoch, die sich eines Tages aus dem Wiedereintritt Deutschlands in das europäische Konzert erheben wird, hat Winston Churchill in diesen Tagen erneut im Unterhaus angeschnitten. Seine Gegner meinen, es ließe das Pferd am Schwanz aufsitzen, wenn man schon jetzt — wie Großbritanniens Kriegspräsident es mit erstaunlicher Offenheit tat — über eine Beteiligung der Bundesrepublik an der Verteidigung Westeuropas rede. Aber die zahllosen Kommentare zur Rede Churchills beweisen, daß auch jene alliierten Kreise, die eine langsame und schrittweise Einbeziehung Westdeutschlands in die westeuropäische Völkergemeinschaft wünschen, in der deutschen Beteiligung am militärischen Schutz dieser Gemeinschaft den logischen, letzten Schritt dieser Entwicklung sehen. Es ist auch kein Geheimnis mehr, daß militärische Fachleute der Alliierten, darunter der französische General Billotte, im Gegensatz zu ihren Regierungen einen solchen Schritt für notwendig halten.

Auf der anderen Seite zeigen die alliierten Kommentare und Erklärungen zu dieser Frage, welches Unbehagen ein großer Teil der Welt noch immer bei dem Gedanken an eine Wiederbewaffnung Deutschlands empfindet. Dieses Unbehagen resultiert nicht nur aus dem Mißtrauen gegen den „schlafenden deutschen Drachen“, sondern auch aus der Befürchtung, daß eine solche Entscheidung Präventivmaßnahmen von unübersehbarer Tragweite jenseits der Elbe auslösen könnte.

Die französische Zeitung „Le Monde“ meinte sogar am Vorabend des Straßburger Beschlusses, es wäre klüger, die Bundesrepublik vorerst nicht in den Europarat aufzunehmen, um der Bildung einer deutschen Einheit nicht entgegenzuwirken. Das Blatt forderte intensive Unterstützung der Bestrebungen zur Vereinigung Deutschlands. „Sollten diese Bemühungen erfolgreich verlaufen, könnte Deutschland augenscheinlich auch ohne Waffen auskommen, denn die Sowjetunion würde nur ein vereintes Deutschland dulden, wenn es vollkommen neutral wäre — das heißt neutral ohne Waffen.“

„Le Monde“ veranschaulichte damit die tragischen Zweifel, die angesichts der gegenwärtigen Lage Europas jeden entscheidenden Schritt in Deutschland begleiten müssen. Aber auch wenn die Bundesrepublik dem Europarat beitrete, dürfte es noch immer im Vermögen der Sowjetunion liegen, eine Versteifung der Spaltung zu verhindern, die eines Tages zur Remilitarisierung Deutschlands führen müßte.

Wird man in Moskau erkennen, daß auch das eigene Interesse eine verständlichere Haltung verlangt?

Bevin bremst die Fahrt Vorläufig keine europäische Behörde mit Exekutiv-Vollmachten Ministerrat verläßt die Einladungen

Straßburg (UP). Das Ministerkomitee des Europarates verließ in seiner Sitzung am Freitag vormittag die Briefe an die Regierungen der Deutschen Bundesrepublik und des Saarlands, in denen diese aufgefordert werden, dem Europarat als beigeordnete Mitglieder beizutreten.

In den Einladungen wird vorgeschlagen, daß Deutschland 18 und das Saargebiet drei Vertreter in der Beratenden Versammlung haben soll.

Die Einladungen wurden sofort an die alliierte Hohe Kommission in Deutschland und an die französische Regierung weitergeleitet mit der Bitte, sie der deutschen Bundesregierung und der Regierung des Saarlandes zu übergeben.

Die Bemühungen des ständigen Ausschusses der beratenden Versammlung, eine europäische Behörde mit Exekutivvollmachten zu schaffen, kamen im Ministerkomitee am heutigen Widerstand des britischen Außenministers Bevin zum vorläufigen Scheitern. Der Ständige Ausschluß hatte vorgeschlagen, ein Gremium aus Mitgliedern beider „Häuser“ des Europarates — der beratenden Versammlung und des Ministerkomitees — zu bilden und es mit weitreichenden Vollzugsrechten auszustatten.

Bevin opponierte gegen diesen Vorschlag und setzte sich seinerseits für die Schaffung einer aus Mitgliedern beider „Häuser“ bestehenden Körperschaft ein, der jedoch nur beratende Funktionen zugestanden werden sollten.

Nachdem Bevin's Vorlage dem Sonderausschuß überwiesen war, begannen die Minister, mit der Diskussion der Wirtschaftsprobleme Westeuropas, wobei sie sich insbesondere der Frage widmeten, welche Form das Verhältnis zwischen der Organisation für die wirtschaftliche Zusammenarbeit Europas (OEEC) und dem Europarat annehmen soll.

Auch der Ständige Ausschluß der beratenden Versammlung des Europarates eröffnete am Freitagvormittag seine Sitzungsperiode. Wenige Minuten zuvor war das Ministerkomitee erneut zusammengesetzt. Es war dies das erste Mal, daß die beiden Organisationen zu gleicher Zeit und unter demselben Dach tagten. Auf der Tagesordnung des Komitees stand

die Fortsetzung der Diskussionen über eine stärkere wirtschaftliche Annäherung zwischen den einzelnen westeuropäischen Ländern.

Nach Abschluß der Freitagvormittagsitzung des Ministerkomitees gab der französische Außenminister Schuman bekannt, daß die Empfehlungen der beratenden Versammlung auf Beschluß des Komitees zusammen mit den Stellungnahmen der OEEC und der Außenminister selbst, an die Versammlung zurückgereicht würden. Wie er weiter ausführte, wurde außerdem die Frage der Herstellung engerer Beziehungen zwischen der OEEC und dem Europarat behandelt. Eine endgültige Entscheidung sei nicht getroffen worden, doch habe man einen Arbeitsausschuß mit der Ausarbeitung einer Resolution in dieser Frage beauftragt, die dem Komitee bei der Abschlusssitzung am Samstag vorgelegt werden soll.

Ein deutscher Korrespondent richtete an Schuman die Frage, ob die Außenminister bereits beschlossen hätten, Empfehlungen über eine mögliche Revision des Besatzungsstatutes auszuarbeiten. Schuman beantwortete die Frage mit dem Hinweis, daß dies eine Angelegenheit sei, die die westlichen Besatzungsmächte allein angehe und nicht im Europarat behandelt werden könne. Er wies jedoch darauf hin, daß die Besatzungsmächte bereits zu einem früheren Zeitpunkt angedeutet hätten, daß eine Revision in einem gewissen Umfang noch im Oktober dieses Jahres geplant sei.

Am Freitag abend fand dann eine erste gemeinsame Sitzung von Vertretern des Europäischen Ministerrates und der Beratenden Versammlung statt. Auf der Tagesordnung stand die Frage, auf welche Weise die Zusammenarbeit zwischen den beiden Körperschaften des Europäischen Rates enger gestaltet werden kann.

Es hat den Anschein, als sei es Großbritannien gelungen, mit seiner Haltung durchzudringen und den Europarat zu veranlassen, nur langsam auf dem Wege zur Bildung einer starken Union der demokratischen Staaten vorwärtszuschreiten. Die endgültige Annahme von Bevin's Vorschlag würde die seit Monaten andauernden Bemühungen der beratenden Versammlung, ihre Rechte und ihre Macht zu erweitern, zunichte machen.

Bundestag fordert Außenamt Hohe Kommission nicht dagegen?

Bonn (ZSH). Der Bundestag hat in seiner Freitagssitzung den Bundeskanzler mit großer Mehrheit aufgefordert, so bald wie möglich ein Außenamt für Besatzungsfragen und auswärtige Angelegenheiten zu bilden, das von einem Staatssekretär geleitet werden soll.

Die alliierten Hohen Kommissare haben durchblicken lassen, daß sie nichts dagegen einzuwenden haben, wenn ein solches Bundesamt ins Leben gerufen wird.

Der Bundestag beschloß ferner, das von der SPD gestellte Verlangen auf Ratifizierung des deutsch-französischen Wirtschaftsabkommens durch das Parlament zunächst einem Ausschuß zur Prüfung zu überweisen.

Interpellationen zur Frage der Pensionen heimatvertriebener Beamter wurden von Bundesfinanzminister Schäffer beantwortet. Zur Forderung der Gleichstellung mit einheimischen Beamten konnte der Minister keine Zusagen machen. Er erklärte lediglich, daß eine vollkommene Gleichstellung eine zwanzigprozentige Gehaltssteigerung für einheimische Beamte zur Folge haben würde.

Der Bundestag beschloß jedoch, die Regierung zu ersuchen, die Ueberbrückungshilfe für pensionsberechtigten heimatvertriebenen Beamten von 20 auf 35 Millionen DM zu erhöhen.

Nach der Mittagspause wurde das Gesetz, das den Abgeordneten eine Aufwandsentschädigung von 600 DM sichert, in zweiter und dritter Lesung verabschiedet. Die Kommunisten, sowie drei Abgeordnete aus verschiedenen Parteien, darunter Alfred Loritz, stimmten dagegen.

Mit einer Ausnahme über Hilfemaßnahmen für die Filmindustrie beendete der Bundestag seine Beratungen. Die Bundesregierung wurde aufgefordert, 20 Millionen DM für die deutsche Filmindustrie zur Verfügung zu stellen. Ferner soll die Regierung die Hohe Kommission noch einmal bitten, daß das Vermögen der Ufa dem Bund übertragen wird.

Zu Beginn der Vormittagsitzung hatten sich die Abgeordneten zu Ehren Leon Blums erhoben und verharren zwei Minuten in Schweigen.

Der Bundestag wird am 28. April 1950 zu seiner nächsten Sitzung zusammentreten.

Europarat-Frage nicht behandelt
Bundeskabinett beschäftigte sich nur mit „Routine-Angelegenheiten“ — Keine Sonder-sitzung des Bundestages vor Ostern

Bonn (UP). Das Bundeskabinett hat am Freitag die Frage des Beitritts Deutschlands zum Europarat nicht behandelt. Vizekanzler Blücher erklärte nach Schluß der 90-Minuten-Sitzung, daß eine Behandlung der Frage erst

Organ „Deutschland-Union-Dienst“ zur gleichzeitigen Einladung der westdeutschen Bundesrepublik und der Saarregierung nach Straßburg. Im Gegenteil die Stimmung in der Bundeshauptstadt ist so ernüchtert, wie selten bisher. Gewiß habe man uns eingeladen, meint der DUD weiter, aber es sei keine Spur einer freundlichen Gesinnung dabei zu finden. Wenigstens es, wenn in Bonn der Eindruck entstehe, man habe die Bundesrepublik lediglich eingeladen, weil „die westeuropäische politische Konzeption das Vakuum in der linken Herkammer auf die Dauer nicht verkraften kann“.

In Regierungskreisen wird betont, daß der Europarat erst in drei Monaten wieder zusammentrete, so daß hinlänglich Zeit gegeben sei, die deutsche Antwort gründlich vorzubereiten. Man hofft vor allem, daß die Sozialdemokraten ihre ablehnende Haltung bis dahin noch ändern.

Der Vorsitzende der SPD, Schumacher, hat dagegen durchblicken lassen, daß seine Partei nur dann bereit sei, einen Beitritt zum Europarat zu billigen, wenn das Saarland nicht aufgenommen werde. Die SPD werde an ihrer Haltung auch nach dem Einladungsbeschuß des Ministerausschusses nichts ändern. Die englische Labourparty ist, wie aus London verläutet, von der Haltung der deutschen Sozialdemokraten sehr enttäuscht.

Dibelius bei Grotewohl

Berlin (UP). Wie „Der Tag“ erfahren haben will, hat Bischof Dibelius zusammen mit führenden Vertretern der evangelischen Kirche in einer Unterredung mit dem ostdeutschen Ministerpräsidenten Grotewohl erneut schwere Bedenken gegen die ständigen Übergriffe der SED und anderer staatlicher Organe auf die Arbeit der evangelischen Kirche geäußert.

Der Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt, Bruschke, gab während der Sitzung des Landtags die Berufung des bisherigen Chefs der Inspektoren der Volkspolizei, Hegen, zum neuen Innenminister des Landes bekannt. Hegen wird den bisherigen Innenminister Siewert ersetzen, der ADN zufolge eine intendierte Stellung im Bauwesen der Ostzone übernehmen soll.

Am Freitag warteten am sowjetischen Kontrollpunkt bei Helmstedt fast 300 Lastwagen auf Abfertigung.

Deveze fährt zu Leopold

Brüssel (UP). König Leopold hat sich bereiterklärt, den mit der Bildung einer neuen Regierung beauftragten belgischen Verteidigungsminister Deveze (Liberal) am Montag zu einer Unterredung zu empfangen. Der König versicherte in diesem Zusammenhang erneut, er werde sich der Entscheidung des Parlaments beugen, wie diese auch immer ausfallen möge. Deveze will bekanntlich Leopold dazu bewegen, nur für kurze Zeit auf den Thron zurückzukehren und dann zu Gunsten seines Sohnes Baudouin abzudanken.

Die Waffenlieferungen der USA an Belgien werden durch die gegenwärtige Regierungskrise nicht verzögert werden. Das zweiseitige amerikanisch-belgische Abkommen wurde von Prinzregent Charles ratifiziert.

Kirkpatrick kommt nach Deutschland

London (ZSH). Der Leiter der Deutschlandabteilung im britischen Außenministerium, Kirkpatrick, kommt am Samstag nach Deutschland. Kirkpatrick übernimmt im Sommer das Amt des Hohen Kommissars für Deutschland. Er wird während seines Aufenthalts in der Bundesrepublik mit Sir Brian Robertson Besprechungen führen.

„Spionage im Auftrag des Vatikans“

Katholische Priester vor tschechischem Gericht
Prag (UP). Augustin Machalka, der Abt des Prämonstratenser-Klosters in Nova Bise (Mähren) bekannte sich, in einer Verhandlung vor dem Prager Staatsgerichtshof des Landesverrats und der Spionage, im Auftrag der vatikanischen Hierarchie und im Dienst der amerikanischen Kapitalisten, schuldig. Außer Machalka stehen noch neun weitere katholische Geistliche vor Gericht.

Adenauer fährt nach München. Dr. Adenauer wird sich über das Wochenende zu seinem ersten Besuch nach seiner Wahl zum Kanzler in die bayerische Landeshauptstadt begeben.

Lesen Sie heute in den

Heimat = Nachrichten

Die Johannes-Passion von J. S. Bach
Nicht Staatsrentenreform, sondern Existenzgründung
Lastenausgleich . . . ?
Herrenalb als Osterrussland
Sonntag Bauernversammlung f. d. Albgau
Neues aus Schielberg

Fast 100 000 Vermittelte allein in Württemberg-Baden

D.P. Stuttgart. In Ergänzung der Gesamtziffern für das Bundesgebiet über die Vermittelten und Kriegsgefangenen veröffentlichte das württembergische statistische Landesamt die Ziffern für Württemberg-Baden. Danach wurden insgesamt 93 667 Personen registriert; darunter sind 5856 Kriegsstraf- und Untersuchungsgefangene, 81 779 Vermittelte der ehemaligen Wehrmacht und 6840 vermittelte Zivilpersonen.

Diese Ziffern liegen höher als bisher angenommen war. Dies erklärt sich daraus, daß sich eine Reihe von Personen, die sich bei den bisherigen Erfassungsaktionen nicht gemeldet und noch keine Nachforschung nach vermischten Angehörigen eingeleitet hatten, an dieser Erfassungsaktion erstmalig beteiligten.

Haushalt-Sorgen im Finanzausschuß 100 Millionen für den Wohnungsbau

Stuttgart (ZSH). Der Finanzausschuß des württemberg-badischen Landtags beschäftigte sich in seiner Freitagsitzung mit dem maßstäblichen Haushalt von 1950/51. Der Etat dürfte schätzungsweise mit rund 850 Millionen DM infolge Wegfalls der Kriegs- und Kriegsfolgebilanzen sowie gewisser Zuschüsse nur halb so hoch wie der vergangene sein. Andererseits werden gewisse Einnahmequellen wie Zölle usw., die künftig an den Bund übergehen, wegfallen. Im außerordentlichen Haushalt sind zur Förderung des Wohnungsbauens rund 100 Millionen DM vorgesehen, die im Verhältnis von etwa 8:4 auf Nordwürttemberg und Baden entfallen werden.

Im einzelnen wurden im Rahmen des kürzlich verabschiedeten Notgesetzes Vorwagnahmen für Straßenbau und Hochbauten (Weiterführung schon begonnener Projekte) in Nordwürttemberg und Nordbaden beschlossen. Mit Befremden nahm der Finanzausschuß davon Kenntnis, daß der Posten für Besatzungsleistungen im abgelaufenen Haushaltsjahr um 20 Millionen DM überschritten wurde.

Mainz oder Koblenz?

Entscheidung soll am Dienstag fallen Mainz (ZSH). Der Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, Altmeyer, teilte mit, daß die französische Anordnung, die Mainz zur Hauptstadt des Landes bestimmt, vom Landeskommissar aufgehoben worden sei. Altmeyer fügte hinzu, daß die Entscheidung über die zukünftige Landeshauptstadt nur noch beim Landtag und bei der Regierung liege. Der Landtag von Rheinland-Pfalz wird voraussichtlich am nächsten Dienstag über die Frage Mainz oder Koblenz beraten.

„Maurer“ Remer sagt aus

Im Spruchkammerverfahren gegen Feitenhansl München (UP). In der Spruchkammerverhandlung gegen Karl Feitenhansl, den Begründer der „Vaterländischen Union“, trat als Zeuge der ehemalige General Remer auf, der sich als „Maurer“ bezeichnete. Er sagte aus, bei einem Gespräch, das zwischen ihm und Feitenhansl stattgefunden habe, „sind wir uns absolut darüber klar gewesen, daß wir die Demokratie als solche bejahen“. Remer erklärte der Spruchkammer, er sei „nicht betroffen“ und habe nie der Nationalsozialistischen Partei angehört. Was den 20. Juli 1944 anbelangt, so hätten alliierte Untersuchungskommissionen festgestellt, „daß ich absolut korrekt gehandelt habe. Ich habe das Verdienst, daß das Blutvergießen unter deutschen Soldaten verhindert wurde.“

Truman zum Fall „Hauptspion“

Die Gegenseite: „Feuerlöcher mit Benzin“ Washington (UP). Der amerikanische Außenminister Dean Acheson bestritt auf einer Pressekonferenz die Behauptung des republikanischen Senators McCarthy, daß der „sowjetische Hauptspion“ Owen Lattimore für die US-Ostasienspolitik verantwortlich gewesen sei. Er erklärte, daß er Lattimore niemals persönlich getroffen habe und daß das Außenministerium nichts mit Lattimores Ernennung zu einer UN-Mission nach Afghanistan zu tun habe. Acheson bestritt ferner, die Behauptung McCarthys, daß Lattimore bis vor kurzem eine Dienststelle im Außenministerium und Zugang zu den Akten gehabt habe. Im Verlauf der Pressekonferenz erklärte Außenminister Acheson, das neue chinesisch-russische Abkommen über die Ausbeutung der Bodenschätze Sinkiangs beeinträchtigt Chinas staatliche Selbstständigkeit. Darüber hinaus müsse das verarmte Land 90 Prozent der laufenden Produktion dieser Provinz abgeben.

Auf der anderen Seite unterstützte der Führer der Republikaner im Repräsentantenhaus, Halleck, die Angriffe der Senatoren McCarthy, Styles Bridges und Kenneth Wherry gegen die Regierung. „Der Präsident“, so meinte er sarkastisch, „sagt dem amerikanischen Volk: Füllt eure Feuerlöcher mit Benzin, dann werdet ihr sicher sein. Es scheint, daß Truman der Ansicht ist, dem Kramel dadurch entgegenzutreten, indem die Alger Hiss, Julian Wadleigh, Judith Coplon wichtige Stellungen in der Verwaltung erhalten. Sie werden mit Kommunisten und Kommunistenfreunden umgeben, die ihnen behilflich sind, Geheimdokumente für die Agenten der Sowjetunion zu stehlen.“

Mit 80 gegen 21 Stimmen lehnte das Repräsentantenhaus den Zusatzantrag des Abgeordneten Javits zum Auslandshilfegesetz ab, wonach eine überparteiliche Kommission zur Ausarbeitung der amerikanischen wirtschaftspolitischen Linie nach Beendigung der Marshallplan-Hilfe im Jahre 1952 gebildet werden sollte.

Garry Davis darf nicht einreisen. „Weltbürger Nummer eins“ Garry Davis, der als Staatenloser in den USA eintraf, hat keine Erlaubnis zur Einreise erhalten.

Frag verichtet auf CARE-Organisation. Die tschechoslowakische Regierung hat die amerikanische Hilfsorganisation CARE angewiesen, ihre Tätigkeit in der Tschechoslowakei bis zum 31. Juli einzustellen.

Kwantung in Aufruhr

Bevölkerung empört sich gegen die hohen Steuern und Abgaben. Rotchinesische Truppen nicht mehr Herr der Lage!

Hongkong (UP). Die Provinz Kwantung befindet sich, hier eintreffenden Berichten zufolge, in hellem Aufruhr gegen die hohen Steuern und Abgaben. An der Bewegung soll fast die ganze Bevölkerung aktiv oder passiv teilnehmen. Die rotchinesischen Truppen in Kwantung, deren Stärke auf eine Vierer-Million geschätzt wird, sind, der gleichen Quelle zufolge, nicht mehr imstand, die Lage zu beherrschen.

Hinzu komme, daß die Tätigkeit der organisierten nationalchinesischen Partisanentruppen immer fühlbarer wurde. Sie überfielen Garnisonen, plünderten Versorgungslager, überraschten feindliche Lastwagenkolonnen und töteten die Steuereintreiber.

Als sich Tschiangkai-schek seinerzeit auf Formosa zurückzog, wurde die Insel das „Eisland des Gelben Meeres“ genannt, und es fehlte nicht an Stimmen, die behaupteten, sie werden für den geschlagenen Generalissimus Nationalchinas zu einem Helens werden.

Seither hat es sich erwiesen, daß Tschiangkai-schek sich dort nicht für die Dauer niederzulassen gedenkt. Wie von zuverlässiger Seite verlautet, machen die Nationalisten auf Formosa einen erstaunlichen Wandel durch, indem sie bestrebt sind, alle Mängel und Verfehlungen, die ihre Katastrophe verursacht haben, abzustreifen und ihre Kräfte auf einer neuen, gesunden Grundlage zu sammeln. Anstelle des früheren Schlendrians soll ein Re-

gime der Disziplin und Zuverlässigkeit getreten sein. Was das nahezu eine halbe Million Mann zählende nationale Heer anbelangt, so handele es sich nicht mehr um jene demoralisierten Haufen kampfmüder Soldaten, die freiwillig ihre Stellungen aufgaben, sondern um wohl-disziplinierte, kriegstüchtige und gut-bewaffnete Truppen.

Tschiangkai-schek ist — und wie die jüngsten Ereignisse zeigen, nicht ganz mit Unrecht — überzeugt, daß die Regierung in Peking großen Schwierigkeiten entgegengeht, die sich durch die zunehmende Teuerungswelle, die Ausbreitung der Hungerstöße und die überall aufflammenden Guerillakämpfe immer deutlicher abzeichnen beginnen. Nur ein kleiner Teil der Partisanengruppen ist von Agenten der Nationalregierung organisiert worden, die meisten werden von Bauern gebildet, die zur Selbsthilfe schreiben, um der Abwürgung durch Steuern und Ablieferungen zu entgehen. Da die Mitgliederzahl dieser Gruppen sehr groß ist, liegt es nur am Mangel einer zentralen Führung, daß sie noch nicht zu einer ernsthaften Bedrohung der kommunistischen Herrschaft würden.

Immerhin — der Aufruhr in Kwantung gibt — wenn auch zunächst nur als stimmungsgemäßes Symbol — zu denken. Schon viele Revolutionen haben von dieser Provinz, die dreißig Millionen Einwohner zählt, ihren Ausgang genommen. Auch Sun Jat Sens Revolte gegen die Mandchus ging einst von dort aus...

Heikle Fragen in Den Haag

Schwierige Finanzierung des Atlantikpakt-Verteidigungssystems. Die Themen Deutschland und Spanien

Den Haag (UP). Vier oder fünf kleinere europäische Staaten sollen die Vereinigten Staaten darum gebeten haben bzw. im Begriff sein sie zu bitten, ihnen finanziell unter die Arme zu greifen, damit sie ihren Anteil am Aufbau des Verteidigungssystems der Atlantikpaktmächte bewältigen können.

Diese kleineren Staaten sollen, unterrichteten Kreisen zufolge, darauf hinweisen, daß der Krieg und seine Folgen es ihnen unmöglich machten, große Summen für ihre Verteidigung auszugeben.

Man nimmt an, daß die finanzielle Seite der Verteidigung Europas zumindest inoffiziell besprochen werden wird, wenn die Verteidigungsminister der Atlantikpaktstaaten am Samstag unter dem Vorsitz des US-Verteidigungsministers Louis Johnson zusammentreten.

Die Außenminister, die Finanz- und die Verteidigungsminister der Atlantikpaktstaaten werden am 16. April in Brüssel zu einer gemeinsamen Konferenz zusammentreten.

Zu den heikelsten Fragen, die zur Zeit die Verteidigungsminister der Atlantikpaktmächte bewegen und von ihnen vielleicht — jedenfalls aber nur informell — erörtert werden, gehören die Themen Deutschland und Spanien. Obwohl informierte Kreise erneut und nachdrücklich darauf hinweisen, daß Deutschland nicht auf der Tagesordnung der Konferenz stehe, erscheint es als wahrscheinlich, daß zumindest „Führer“ ausgestreckt werden.

Von maßgeblicher Seite wurde wiederholt betont, daß die Verteidigungsminister und Stabschefs sich zwar der Bedeutung Deutschlands als Menschenreservoir und Industriezentrum voll bewußt seien, daß man aber

andererseits an zuständiger Stelle die Ansicht vertritt, die ersten offiziellen Anregungen zur Beteiligung Deutschlands an der Verteidigung Westeuropas sollten von seinen unmittelbaren Nachbarstaaten geäußert werden, obwohl natürlich die endgültige Entscheidung bei Großbritannien, den Vereinigten Staaten und Frankreich liege.

Vorsichtige Schritte sind von einigen dieser Nachbarstaaten bereits unternommen worden. Ihre Regierungen sollen darauf hingewiesen haben, daß die in der öffentlichen Meinung herrschende Ablehnung gegen eine begrenzte Wiederaufrüstung Deutschlands in den letzten Monaten überraschend schnell zurückgegangen sei.

Wesentlich offener wird über Spanien gesprochen, das — so wird vielleicht erwogen — als Basis für weitreichende Bomber eine wichtige Rolle spielen könnte. Solche Erwägungen soll man in Portugal günstig aufgenommen haben. Der französische Widerstand gegen eine begrenzte Beteiligung Spaniens scheint im Schwänden begriffen, während es gleichzeitig den Anschein hat, als habe sich an der hartnäckig ablehnenden Haltung Großbritanniens nichts verändert. Dagegen verläutet aus Washington, daß Außenminister Acheson diese Frage voraussichtlich bei der Konferenz der Westmächte in London anschnellen werde. Spanien selbst soll sich zu derartigen Plänen bereits vorsichtig wohlwollend geläuert haben.

Ihre besondere Dedikatese erhalten die Themen Deutschland und Spanien dadurch, daß sie sowohl politische als auch rein militärische Bedeutung haben. Auf beiden Gebieten muß daher zunächst völlige Einmütigkeit erreicht werden, bevor konkrete Pläne irgendwelcher Art erörtert werden können. W.R.

Deutsche Sprache in Athen

US-Botschafter fordert stabile Regierung

Athen (UP). Der amerikanische Botschafter in Athen, Grady, richtete einen Brief an den neuen Ministerpräsidenten Venizelos, in dem er unter anderem folgendes feststellte:

„Im Wiederaufbau Griechenlands ist eine kritische Periode erreicht worden. Es steht bei der griechischen Regierung, zu entscheiden, ob sie weiterhin amerikanische Hilfe erhalten will oder nicht. Nur eine stabile Regierung, die vom Volk und vom Parlament unterstützt wird, kann mit der Entscheidung handeln, welche zur klugen Nutzung der vom amerikanischen Volk gebotenen Hilfe unbedingt notwendig ist.“

Venizelos berief am Freitagabend eine Kabinettsitzung ein, um sich mit den Ministern über den Brief Grady zu beraten.

Der Brief Grady enthält eine politische Erklärung, die an Deutlichkeit kaum übertroffen werden kann. Wie erinnerlich, hatte der Botschafter anlässlich einer Unterredung mit Venizelos schon vor kurzem darauf hingewiesen, daß die Vereinigten Staaten für Griechenland eine Regierung auf breiterer Basis wünschen, als der des Einparteiens-Kabinetts der Liberalen, die bei den letzten Wahlen nur 29 Prozent der Stimmen erhielten. Es ist ein offenes Geheimnis, daß die USA die Bildung einer Koalitionsregierung der gemäßigten Parteien für angebracht halten, die über eine Mehrheit im Parlament verfügen würde. Als Ministerpräsident käme vermutlich Nikolas Plastiras in Frage.

Angesichts der unmißverständlichen Forderung der Vereinigten Staaten, auf dessen Hilfe Griechenland nicht verzichten kann, wird Venizelos nichts anderes übrig bleiben, als sein Kabinett zu verbreitern oder — falls er das nicht will oder vermag — seinen Rücktritt zu erklären.

Sir Basils „persönliche Gründe“

Premier von Nordirland verschiebt USA-Reise London (UP). Sir Basil Brooke, der Premierminister von Nordirland (Ulster), hat seine Reise nach den Vereinigten Staaten aus „persönlichen Gründen“ um „unbestimmte Zeit“ verschoben. Brooke sollte ursprünglich

am Freitag an Bord der „Queen Mary“ nach New York abreisen.

Seitens der britischen Botschaft in Washington wird betont, Brooke werde mit Sicherheit seiner Zusage nachkommen, am 6. April vor dem Nationalen Pressklub der USA eine Ansprache zu halten.

Man wird kaum fehlgehen, wenn man Sir Brookes „persönliche Gründe“ mit dem vom Repräsentantenhaus der USA angenommenen Antrag in Zusammenhang bringt, die Marshallplanhilfe an Großbritannien so lange zu sperren, als die Teilung Irlands aufrecht erhalten bleibe. Bei Bekanntwerden dieser Nachricht äußerte der Verteidigungsminister von Eire: „Das bedeutet für Sir Basil einen unfreundlichen Empfang in den USA.“ Nicht von ungefähr, denn New Yorks Bürgermeister O'Dwyer hatte bereits vorher ziemlich unverblümt durchblicken lassen, daß Brooke in New York „nicht willkommen“ sei.

Drei Italiener ermordet

Politische Hochspannung in Eritrea Asmara (UP). In der Hauptstadt Eritreas kam es zu Zusammenstößen zwischen demonstrierenden Italienern und britischen Truppen, die in den Straßen patrouillierten. Die politische Spannung in Asmara hatte sich nach der Ermordung von zwei Italienern durch Eingeborene gesteigert und einen Höhepunkt erreicht, als bekannt wurde, daß noch ein dritter Italiener von eingeborenen „Schiffs“-Terroristen ermordet worden sei.

Das Komitee der Eritrea-Italiener hat sich telegraphisch an Ministerpräsident de Gasperi gewandt, und ihn im Hinblick auf die bedrohliche Lage gebeten, die Zukunft Eritreas vor September zur Entscheidung zu bringen. Zugleich hat das Komitee die italienische Bevölkerung Eritreas aufgefordert, die Maßnahmen der UN-Kommission in Ruhe abzuwarten.

Einer Meldung aus Rom zufolge wird Italien, wie bereits angekündigt, am Samstag offiziell die Verwaltung seiner ehemaligen Kolonie Somaliland übernehmen.

Die Situation in der ehemaligen italieni-

schen Kolonie Eritrea ist bekanntlich seit langem mehr als gespannt. Schon mehrfach haben sich die britischen Verwaltungsbehörden genötigt, Truppen gegen die große Teile des Landes terrorisierenden Guerilla-Banden eingeborener Fanatiker einzusetzen. Als besonders gefährlich gelten die sogenannten „Schiffas“, die als unversöhnliche Gegner der Italiener einen Anschluß an Abessinien anstreben.

Französischer General getötet?

Minh-Truppen eroberten 13 Dörfer London (UP). Einer Meldung der kommunistischen Nachrichtenagentur in Vietnam zufolge, sollen Einheiten des Rebellenführers Ho Tsch Minh in dem Gebiet von Lao-Kala 13 Ortschaften erobert haben. Nach der gleichen Quelle wurde der französische General Gautier zusammen mit 70 französischen Offizieren und Mannschaften bei den Kämpfen getötet. 72 Soldaten sollen gefangen genommen worden sein.

Seit der Anerkennung Ho Chi Minhs durch Moskau und Peking und der Anerkennung des annamitischen Kaisers Bao Dai und Vietnams durch die Westmächte, hat sich die Lage in Indochina weder gebessert noch wurde eine Klärung der chaotischen Zustände herbeigeführt. Trotz der Anwesenheit einer französischen Streitkraft von insgesamt 130 000 Mann werden neun Zehntel des vietnamesischen Gebietes von den Rebellen kontrolliert. Die Franzosen müssen sich auf die Sicherung und Verteidigung der wichtigsten Städte und der Hauptverkehrswege beschränken. Außerhalb dieser Zonen beherrschen die Rebellen Ho Chi Minhs das Feld und es erscheint mehr als fraglich, ob es überhaupt gelingen wird, das Feuer dieses gefährlichen Unruhenherds in Südostasien zu ersticken.

Geschliffene Glassteine um 32 000 DM

Drei gerissene Brillantenschwindler

Frankfurt (UP). Drei Polen erschin-delten sich mit angeblich echten Brillanten 32 000 DM. Sie sprachen in Frankfurt eine Frau auf der Straße an und gaben sich als alte Bekannte ihres Mannes aus. Sie erklärten, mit ihrem Mann den Verkauf von Brillanten im Wert von 32 000 DM vereinbart zu haben. Nachdem einer der Brillanten bei einem Juwelier auf seine Echtheit überprüft worden war, wollte in ihrer Wohnung die Frau 10 000 DM anzahlen. Dabei entrißten ihr die Täter ein Bündel Geldscheine im Gesamtwert von 32 000 DM und ergriffen die Flucht. Die zurückgelassenen „Brillanten“ waren wertlose geschliffene Glassteine. Der Rädeführer der Bande konnte festgenommen werden.

Amerikaner suchen Görings Schütze

Millionenverle in einer Bettkammer

Regensburg (UP). Nach einem Bericht des Landespolizeipostens Neuhau an der Pegnitz finden seit dem 30. März auf der Burg Feldenstein Grabungen statt. Diese Burg war einstmalig in Görings Besitz. Gerüchte besagen, daß er dort einen Teil seiner Schätze verborgen habe. Die Arbeiten auf Feldenstein stehen unter der Aufsicht des HICOG-Vertreters von Eschenbach und Mitgliedern der CIC aus Heidelberg. Über das Ergebnis der Grabungen liegen noch keine bestimmten Informationen vor, doch sollen nach offiziell nicht bestätigten Meldungen in einer Bettkammer Gold, Kunstgegenstände und Spirituosen im Wert von 3,5 Millionen DM aufgefunden worden sein.

Ein unverbesserlicher Jugendverderber

Zu 5 Jahren Gefängnis verurteilt

Nürnberg (UP). Der viermal wegen Unzucht verurteilte 43jährige Werner Schmidt aus Berlin wurde von der Großen Strafkammer in Nürnberg als unverbesserlicher Jugendverderber zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt. Schmidt hatte sich im vorigen Sommer, wie vor Gericht nachgewiesen wurde, an insgesamt 14 Jugendlichen im Alter zwischen zehn und sechzehn Jahren vergriffen. Der Verurteilte war bis zuletzt Jugendführer des katholischen Gesellenvereins der Kolpingbruderschaft und hatte seine Führerstellung in dieser Organisation zur Verführung der Jugendlichen benutzt.

Gefesselte Geistesranke verbrannt

Psychopath legt Feuer in Sanatorium

Philadelphia (UP). Der Brand in einem Privatsanatorium von Philadelphia, über den wir bereits berichteten, ist von einem vorbestraften Psychopathen gelegt worden. Der Brandstifter war als Patient in dem Sanatorium untergebracht und kann für seine Handlungen nicht voll verantwortlich gemacht werden.

Wie jetzt bekannt wird, handelt es sich bei den neun Toten um gefährliche geistesranke Patienten, die an ihren Betten gefesselt durch Rauchvergiftungen ihr Ende fanden. Als die Toten später im Verwaltungsgebäude aufgebahrt wurden, sah man an ihren Verletzungen, welchen grauenvollen Totenkampf die Verstorbenen hinter sich hätten, die mit Ketten gefesselt verweilt freizukommen suchten. Durch den geradezu heidenmännigen Einsatz des Krankenhauspersonals konnten vier Geistesranke noch rechtzeitig aus den mit Leder verkleideten Ringen befreit werden, mit denen sie durch Ketten an ihre Betten festgehalten wurden.

Brand vernichtet 129 Landhäuser. Im unteren Teil Ägyptens wurden durch einen Brand mindestens 129 Landhäuser vernichtet. Der Brand ist auf die Unvorsichtigkeit einer Hausfrau zurückzuführen, die gerade ihr Essen kochte.

Neun Tote beim Brand eines Erholungsheims. Bei einem Brand, der in einem Erholungsheim in Philadelphia ausbrach, wurden neun Personen getötet.

8000 Tote durch Minenexplosionen. Seit Kriegsende sind im Regierungsbezirk Aachen rund 8000 Personen durch Minen getötet worden.

Südwestdeutsche Nachrichten

Neues Dienstgebäude „Wirtschaft und Verkehr“ Karlsruhe. Die Landesberufsdirektion für Wirtschaft und Verkehr bezieht am 1. April staatsseigene Räumlichkeiten im Haus Zirkel Nr. 10...

Vergehen bei der Anweisung Deutscher Karlsruhe. Für das Weißbuch „Gegen die Mauern der Schweigen“, mit dem die Arbeitsgemeinschaft zur Wahrung süddeutscher Interessen einen authentischen Bericht über die Vorgänge bei der Anweisung der Deutschen auf die Tschechoslowakei geben will, werden noch Unterlagen und Dokumente benötigt...

Heidelberger Sendeturm fertiggestellt Heidelberg. Die Montage des Heidelberger Sendeturms auf dem Königstuhl ist beendet. Der 45 Meter hohe Turm dient nicht einer eigenen Sendeanlage der Sendestelle Heidelberg...

Ketteler-Heim für die werktätige Jugend Karlsruhe (CND). Um der werktätigen Jugend ein Heim zu schaffen, machten sich vor Monaten Freunde der jungen Generation an den Ausbau einer Hausruine in der Batschstraße...

Sängerbund fördert Rundfunkklänge Karlsruhe. Das Präsidium des Bad. Sängerbundes hat mit der badischen Bezirksleitung der „Gema“, der privatrechtlichen Gesellschaft für die Rechte der Musikschaffenden, alle das Verhältnis „Gesangvereine und Gema“ betreffenden Fragen erörtert und den Standpunkt des Bad. Sängerbundes festgelegt...

Karlsruher Schauspielhaus wird eröffnet Karlsruhe (SWK). Das Badische Staatstheater Karlsruhe wird am Samstag, dem 8. April, 14.30 Uhr das neuere Schauspielhaus, welches 720 Plätze aufweist, mit „Faust I“ von Johann Wolfgang v. Goethe, eröffnen...

Mit dem Paddelboot in den Tod Mosbach (SWK). Ein 14-jähriger Junge, der sich mit einem Paddelboot bei Neckargerauch an einen Schlepper anmähenden versuchte, ertrank, als das Boot durch den Wellenschlag kenterte.

Umstürzender Lastwagen erdrückte 3 Jungen Schlichtern (UP). Drei jugendliche Deutsche sind ums Leben gekommen, als ein amerikanischer Armeekraftwagen, der für einen Sportplatz in Weichenbach bei Schlichtern Baustoffe brachte, umstürzte...

Heidelberger Sendeturm fertiggestellt Heidelberg. Die Montage des Heidelberger Sendeturms auf dem Königstuhl ist beendet. Der 45 Meter hohe Turm dient nicht einer eigenen Sendeanlage der Sendestelle Heidelberg...

Totengewinner hilft bauen Weinheim. Der Waldarbeiter B. in der Nachbargemeinde Binsweiler, der kürzlich

Badisches Schreinerhandwerk warnt

Der Landesinnungsverband Badischer Schreinermeister, Sitz Freiburg i. Br., hat am 25. und 26. März in Offenburg eine Tagung der Obermeister und Vorstandsmitglieder von 30 Schreinerbetrieben mit 4000 Mitgliedsbetrieben abgehalten...

durch einen Zwölfertip im Toto 176.000 DM gewann, hat dem Odenwaldorfer Mörlenbach 15.000 DM zum Bankrott zur Verfügung gestellt. Das ist eine wirklich vernünftige Geldanlage.

Tödlich verunglückt Heckenheim. Der 28 Jahre alte Kurt Wörner wurde auf der Schwetzingen Landstraße durch einen Motorradfahrer von rückwärts angefahren und erlitt so schwere Verletzungen, daß er kurz nach dem Unfall starb...

Unerwarteter Kredit Freiburg. In der letzten Sitzung des Stadtrats wurde bekanntgegeben, daß die Stadt auf Veranlassung des Wirtschaftsministeriums einen Kredit von 850.000 DM erhalten habe...

Die Rückkehr der Bevölkerung von Kehl Kehl. Von den 12.400 Einwohnern, die die Stadt Kehl im Jahre 1938 hatte, sind nunmehr 210 Familien mit 1.121 Personen zurückgekehrt...

Katholisches Jugendforum Freiburg. Während der Jugendwoche des Bundes der deutschen katholischen Jugend findet im Maria-Hilf-Saal in Freiburg, am Donnerstag, den 13. 4. 50, um 20 Uhr, ein Jugendforum statt...

uchen Lebens antworten. Es werden Männer der Regierung, des Bundestages, der Industrie und der Gewerkschaft sein. Brennende Fragen, die die Jugend interessieren, werden beantwortet. Dieses Forum ist öffentlich, also nicht nur für die Teilnehmer der Jugendwoche bestimmt...

„Tagespost“ stellt Erscheinen ein Freiburg (CND). Die in Freiburg erscheinende katholische Tageszeitung „Tagespost“ wird zum 1. April 1950 ihr Erscheinen einstellen. Die „Tagespost“, die im Brigovial-Verlag in Freiburg erschien, war im Oktober 1949 aus dem ehemaligen CDU-Organ „Südwestdeutsche Volkszeitung“ hervorgegangen.

Erzbischof Dr. Rauch genesen Freiburg (CND). Der Freiburger Erzbischof Dr. Wendelin Rauch, der am 22. Dezember 1949 mit einer schweren Erkrankung das Freiburger Lorettokrankenhaus aufsuchen mußte, hat vor wenigen Tagen das Krankenhaus verlassen...

Saarlage als europäisches Problem Freiburg (BD). Auf der Generalversammlung der Europa-Union, Landesverband Baden, die am 26. März in Freiburg stattfand, wurde der bisherige i. Vorsitzende, Albert Schmäzger, wiedergewählt. Weitere Vorstandsmitglieder sind Hans Klotter, Franz Roer, Dr. Pletsch, Paul Hummel, Maria Großmann und Dr. Malebrata...

Vorkriegsstand erreicht Lörrach (BD). In Basel wurden Besprechungen über den ab 14. Mai Gültigkeit erhaltenden neuen Fahrplan der deutschen Bundesbahn durchgeführt. Bei dieser Reichsbahnartische aus Karlsruhe referierte. Der neue Fahrplan werde als weiterer Erfolg des planmäßigen Aufbaus seit 1948 große Verbesserungen für die Schnellzugstrecken bringen...

Kein Käuferstreik in Waldshut Waldshut (SWK). Die Verhandlungen zwischen dem Kreisausschuß des Deutschen Gewerkschaftsbundes und der Metzgerinnung führten in letzter Minute doch noch zu einer Einigung über eine generelle Senkung der Preise der Fleisch- und Wurstwaren...

ABC-Schütze marschiert in die Welt Weillheim/Teck (ZSH). Auf der Autobahn wurde ein unbekanntes, sechs Jahre altes Mädchen mit einem Schürzen und PS-Geschirr aufgefunden. Das Mädchen hatte sich angeblich auf dem Weg von der Schule in die elterliche Wohnung verlaufen...

Friedenskreuz nach Rom unterwegs

Das Aachener Friedenskreuz wandert seit Aschermittwoch von Dorf zu Dorf durch die Erzdiözese Köln und weiter nach Trier. Dort wird es von Limburg übernommen und über die Diözese Mainz in das Bistum Speyer gebracht...

und Maximiliansau. Am 3. Mai um 20 Uhr wird es an der Rheinbrücke bei Maxau an die Mönche der Erzdiözese Freiburg übergeben und dann nach Rom weiterentzogen.

Rompilgerfahrt der katholischen Jugend Freiburg (CND). Die katholische Mannes- und Frauenjugend der Erzdiözese Freiburg wird sich im kommenden Sommer mit starken Abordnungen an den Rompilgerfahrten der deutschen katholischen Jugend beteiligen. Die Teilnehmer aus der Erzdiözese Freiburg fahren zusammen mit den Abordnungen der Diözesen Würzburg und Bamberg...



32. Fortsetzung
Darüber freute sich Gela sehr. Sie schwang sich geschickt auf das junge Pferd, das ihr der Kaiser zur Verfügung gestellt hatte und ritt hinter ihm her.
„Du darfst neben mir reiten!“ sagte Friedrich Barbarossa.
Nach einer Weile meinte er nachdenklich: „Wirklich, es ist schade, daß du kein Knabe bist! Einen gewandteren Pagen besaß ich nie!“ Sie seufzte tief auf.
Das erheiterte den Kaiser. Gela war längere Zeit nicht an der Kinnig gewesen.
Nun staunte sie über die großen Veränderungen, die der begonnene Bau mit sich gebracht hatte. Hunderte von Werkleuten waren an der Arbeit. Wagenzüge schleppten Steinblöcke heran.
Gelas Bewunderung war groß. Ehrfürchtig sagte sie: „Herrlich muß es sein, die Möglichkeit zu haben, große Dinge zu schaffen. Ich besitze nichts als meine beiden Hände, Pissel und Tuschen, wenn ich etwas gestalten will. Und der Kaiser verfügt über viele tausend Werkleute. Wo ich das Papier vor mich hinbreite, beugen Berge und Inseln vor ihm. Eichenwälder und Steinbrüche dienen ihm, wo ich in Farbpläne tauche.“
„So habe ich es noch nie angesehen“, entgegnete Barbarossa gutgläubig.
Und er fühlte zum ersten Male, daß das kleine Mädchen Macht über den Gang seiner Gedanken besaß.
Als sie sich über den Bauplan beugte, beobachtete er ihr Gesicht. Mit eifrigem Ernst betrachtete sie die Zeichnungen.
Jetzt gliedert sie wieder einem holden Himmelsknaben, dachte er.
Gela schob die Blätter auf die Seite.

„Ich mag nicht, daß Frauen meine Hände küssen!“ sagte er unwillig.
Ebenso betäubt wie trotzig erwiderte sie: „Ich bin keine Frau.“
Da lachte der Kaiser. „Niemand sah ich eine ärgere kleine Frau“, behauptete er scherzend. Gela schlief während der kalten Jahreszeit in einer Bettinische, die an ihren kleinen Arbeitsraum grenzte.
Da sie einen leichten Schlummer hatte, hörte sie die Geräusche in den Nebenzimmern. Schon oft war sie bekümmert erwacht, wenn der Kaiser erregte Gespräche mit den Männern führte, die mit ihren selbstsüchtigen Wünschen zu ihm kamen.
Niemand war er befugter geworden, als nach der unerwarteten Ankunft seines weiblichen Vaters Heinrich des Löwen.
Denn dieser eigenwillige Besuche glied einem Überfall und versetzte alle Mannen in große Bestürzung.
Gela fuhr aus dem Schläfe empor, als sie hörte, daß es im Hofe lebendig wurde. Fackeln leuchteten auf. Diener liefen hin und her. Sie warf einen Mantel über ihr Nachtkleid und öffnete die Tür, die nach dem Treppenhause führte.
„Was ist geschehen“, fragte sie einen Pagen, der sich gerade mühsam eingefunden hatte.
„Der Welfe ist da!“, antwortete der Jüngling gähnend. „Er fordert Nachtquartier. Zufällig will er vorüber gekommen sein.“
„Das werden selbst die vertrotteltsten Geisse des Burgdorfes nicht glauben!“ sagte eine ergrimmete Wache.
Der Page ermunterte sich. Gütterhaft beherrschte er Gela: „Der welfische Löwe ist neben dem Kaiser der mächtigste Mann in deutschen Ländern. Aber er ist leider ebenso herrschsüchtig wie hochfahrend. Immer ist er in Grenzkriege verwickelt, um seine eigenen Herzogtümer zu verfestigen und zu vergrößern.“
Mit plötzlichem Verstummen nahm er eine dienende Haltung ein.
Hoffes Päckelstück zog über die Treppe. Ein großer Mann stieg schnell empor. Diener begleiteten ihn in gemessenem Abstand.

Denn der Welfe umgibt sich selbst in dieser späten Stunde mit je Zeremoniell, das der Kaiser nur zu betonen pflegte, wenn er sich öffentlich zeigte.
Gela konnte nicht viel von dem berühmten Herzog sehen: Er war von großer Gestalt. Ähnelte er Barbarossa? Heller war das Haar. Es sei geschleift bis zu den Schultern herab. Das Kinn war bartlos.
Was Gela jedoch sogleich begriff, war die Gebärde des gefürchteten Mannes. — Er besaß nichts von des Hohenstaufen bewußter Beherrschtheit. Diese kühle Macht war dem Welfen fremd. Hitzig stürmte er daher. Sein harter Schritt stieß sich laut an den Stufen.
Beunruhigt ging sie in das Zimmer zurück und versuchte zu schlafen. Aber es gelang ihr nicht, denn die Stimmen der beiden Großknechte des Reiches prasselten bald wie die Schwerter erbitterter Fechter gegeneinander.
Selbst das aufgetragene Nachtmahl unterbrach den Streit nicht.
Gela begriff allmählich, um was es ging. Sie erfaßte einige Sätze, die ihr die Ursache des Zwistes erschlossen.
Einmal sagte Barbarossa zu seinem Vetter: „Du ziehst nicht mit mir an dem gleichen Strang! Was nützen dem Reich deine Siege, wenn du dich nicht an den Klümpfen beteiligst, die das deutsche Kaisertum aufzuechten muß, um vor der Welt in Ehren darzustellen?“
Der Welfe antwortete: „Die Deutschen sollten endlich erkennen, daß sie besser dabei fahren, wenn sie sich mit einem deutschen König begnügen, der innerhalb der gegebenen Grenzen waltet, anstatt in fernen Himmelsgegenenden einem fremden Kaisertum nachzujagen, daß seit Jahrhunderten unermessliche Opfer fordert, deren Sinn nicht einzusehen ist!“
Über diese Worte geriet Barbarossa in großen Zorn.
„Du möchtest also das Kaisertum abschaffen?“ fragte er erbittert.
„Wenn es in meiner Macht stünde, würde ich es für immer aus der Welt räumen!“ behauptete der Welfe hochfahrend.
Fortsetzung folgt